

# Linkes Blatt

**DIE LINKE.**

Für Halle und den  
Saalekreis

2. Ausgabe / 29. Jahrgang

11. Februar 2019

**DIE LINKE.**  
SACHSEN - ANHALT

DIE LINKE, Sachsen-Anhalt, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg

An die Mitglieder des Landesverbandes  
DIE LINKE, Sachsen-Anhalt

07. Februar 2019

## Auf geht's, ins politische Jahr 2019

Liebe Genossinnen und Genossen,

ein wahrlich aufregendes Jahr 2018 liegt hinter uns. Das neue Jahr ist nun sechs Wochen alt und stellt uns vor neue Herausforderungen. Erste Höhepunkte sind die Wahl des Europäischen Parlaments und die Kommunalwahlen am 26. Mai 2019. Für DIE LINKE im besonderen Maße eine Herausforderung, der wir uns mit aller Kraft stellen werden. Auf der europäischen Ebene wollen wir die notwendigen Veränderungen der Europäischen Union nicht den Rechtspopulisten und Neoliberalen überlassen. Wir kämpfen für einen grundsätzlichen Politikwechsel, für eine demokratische, soziale, ökologische und solidarische Europäische Union.

Auf der kommunalen Ebene ist und bleibt es unsere Hauptaufgabe, konstruktiv und effektiv die drängenden Probleme der Bürgerinnen und Bürger anzugehen. Zu tun gibt es genug. In den Städten und Gemeinden ist es DIE LINKE, die den Druck aufbaut, die kritisch nachfragt und mit klugen Ideen und Konzepten wichtige Impulse gibt. Darauf können und sollten wir stolz sein, auch wenn nicht jeder unserer Anträge sofort erfolgreich ist.

Die Vorbereitungen für die Wahlen sind in vollem Gange. Es werden Wahlprogramme geschrieben, Kandidatinnen und Kandidaten gesucht, gefunden und aufgestellt. Die kommunalpolitischen Schwerpunkte für die nächsten Jahre sind gesetzt und eine gelungene Kampagne, die zeigt, dass wir unseren Humor nicht verloren haben, wurde gemeinsam erarbeitet. Wir sind gut aufgestellt und werden einen erfolgreichen Wahlkampf führen, davon sind wir überzeugt.

Ende Januar trafen sich der Landesvorstand und die Landtagsfraktion zur gemeinsamen Klausur, um über den politischen Fahrplan bis 2021 zu sprechen. Wir müssen bereits jetzt damit beginnen die Weichen zu stellen. Der politische Fahrplan ist die notwendige Vorarbeit zur Wahlstrategie. Wir mussten und konnten 2016 mit der Wahlniederlage umgehen. Wer das kann, der kann und muss auch gewinnen können. In zwei Jahren wollen wir gewinnen und dafür müssen wir ab heute etwas tun. Gewinnen heißt, einen deutlichen Zuwachs gegenüber 2016 zu erzielen. Unser Ziel sind 20 Prozent plus x.

DIE LINKE, will Sachsen-Anhalt verändern, schon bei den Kommunalwahlen 2019, aber auch mit dem Blick auf das Frühjahr 2021. Verändern heißt für uns ganz konkret die soziale Spaltung überwinden, Menschenwürde und Demokratie verteidigen, die Lebensleistungen in Ostdeutschland anzuerkennen, für Frieden eintreten und Kriege verhindern.

Vieles wird sich durch den Gang der Ereignisse verändern. Es werden Themen gesetzt, an die wir heute noch nicht denken und dennoch ist es sinnvoll den Horizont ins Auge zu fassen und nicht nur von einem zum nächsten Ereignis zu planen. Der Soziologe Harald Pätzold sprach auf der Klausur in diesem Zusammenhang von einer »Politik auf Sicht«. Wir brauchen »Weitsicht«.

Im Juni dieses Jahres werden wir auf unserem Parteitag einen neuen Landesvorstand sowie eine oder einen neuen Landesvorsitzenden und StellvertreterInnen wählen. Der neue Landesvorstand wird viele wichtige, strategische Entscheidungen treffen müssen. Wir wollen, dass die notwendigen Entscheidungsprozesse breit getragen werden. Deshalb möchten wir Euch, liebe Genossinnen und Genossen, ermutigen sich einzubringen, zu kandidieren und zu gestalten. Die Aufgaben, die vor uns liegen müssen wir gemeinsam und vereint angehen.

Solidarische Grüße

Andreas Höppner  
Landesvorsitzender

Henriette Krebs  
Landesgeschäftsführerin

Achim Bittrich  
Landesschatzmeister

## Aufruf zur Verteidigung des Politischen Dialogs in Venezuela

Die Abgeordneten Helmut Scholz, Cornelia Ernst, Martina Michels, Thomas Händel und Gabi Zimmer unterzeichneten einen von vielen Abgeordneten der Linksfraktion im Europaparlament getragenen Aufruf zu Frieden und Dialog in Venezuela, der an den Rat und die Mitgliedstaaten der EU gerichtet ist.

Dazu erklären die Abgeordneten:

„Wir begrüßen die Initiative von Uruguay und Mexiko, eine internationale Konferenz in Montevideo einzuberufen, um den Dialog aufzunehmen und zu fördern. Diese Initiative wird durch den Aufruf des UN-Generalsekretärs zum Dialog unterstützt. Wir begrüßen die Tatsache, dass der informelle Ministerrat am 31. Januar besonders auch wegen des Widerstands der griechischen Regierung keine Entscheidung getroffen hat, Herrn Juan Guaidó als Präsidenten von Venezuela anzuerkennen. Wir rufen zum Dialog auf und nehmen die Entscheidung der Außenminister\*innen zur Kenntnis, nun eine Kontaktgruppe zu Venezuela zu bilden, die aus Mitgliedstaaten der EU (benannt wurden Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien, die Niederlande, Portugal und Schweden) und mehreren lateinamerikanischen Ländern bestehen soll, darunter (vorerst) Bolivien, Costa Rica, Ecuador,

Uruguay. Dies ist ein positiver Schritt. Wir bestehen jedoch darauf, dass der Eintritt in den Dialog ohne Vorbedingungen erfolgen muss und kritisieren das enge Mandat der Kontaktgruppe. Wer Dialog fördern will, darf nicht gleichzeitig mit Sanktionen drohen. Die Ansetzung von Wahlen ist eine souveräne Entscheidung Venezuelas. Wir fordern auf zu internationaler Unterstützung für Venezuela, um die Wirtschaftskrise und den Teufelskreis der Inflation zu durchbrechen und den Versorgungszustand der Bevölkerung zu verbessern, und dafür in einen Dialog mit der legitimen Regierung Venezuelas zu treten.“

Nachfolgend dokumentieren wir die deutsche Übersetzung des Briefes von Abgeordneten aus der Linksfraktion zur Verteidigung eines politischen Dialogs in Venezuela, der garantiert, dass Lateinamerika und die Karibik eine Friedenszone bleiben.

An:

Präsident des Europäischen Rates  
Ständige Vertretungen der EU-Mitgliedstaaten

In Kopie:

Präsident der Europäischen Kommission  
Präsident des Europäischen Parlaments

Wir, die unterzeichneten MdEPs, sprechen Sie an, um jede Unterstützung für den laufenden Putschversuch in Venezuela zu verurteilen, dargestellt in der Selbstverkündung von Juan Guaidó als „Interimspräsident“ des Landes. Diese Selbsterklärung ist in keiner Weise durch die Verfassung der Bolivarischen Republik Venezuela gedeckt und wurde zumindest von der Organisation Amerikanischer Staaten, dem Sicherheitsrat und dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen und der CARICOM abgelehnt.

Die Anerkennung einer solchen Selbstverkündung stellt eine erhebliche Bedrohung für das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen dar, und zwar in Bezug auf den Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates.

Die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten dürfen

die Integrität des Völkerrechts und des Multilateralismus nicht untergraben. Eine solche Position würde nur zur weiteren Destabilisierung und Eskalation der Gewalt in einem souveränen und unabhängigen Land, der Bolivarischen Republik Venezuela, beitragen und damit das Risiko einer ausländischen militärischen Intervention auf Kosten des Leidens und des Lebens der Menschen in Venezuela mit verschärfen. Das hätte unvorhersehbare Folgen sowohl innerhalb Venezuelas als auch in der Region Südamerika und Karibik.

Die EU-Organe und die Mitgliedstaaten müssen sich zu einem Standpunkt verpflichten, der die Grundprinzipien des Völkerrechts respektiert und die Notwendigkeit einer friedlichen politischen Lösung bekräftigt, die durch einen friedlichen politischen Dialog ohne Einmischung von außen aufgebaut wird.

Daher fordern wir die EU-Mitgliedstaaten und den Rat nachdrücklich auf, die gemeinsame Einladung von Mexiko und Uruguay zu begrüßen und zu unterstützen, die auf die Aufforderung des UN-Generalsekretärs zum Dialog aufgreift und für den 7. Februar zu einer internationalen Konferenz in Montevideo einlädt mit dem Ziel, die notwendigen Bedingungen für einen

inklusive politischen Dialog zu schaffen, der die Spannungen in Venezuela lösen und nach Lösungen für einen politischen Ausweg aus der gegenwärtigen, gefährlichen Situation suchen könnte.

Kontakt:

Bernd SCHNEIDER | APA  
BRU - WIB 03M011 | 0032 2 28 37893  
STR - LOW T05153 | 0033 3 88 1 77893  
bernd.schneider@ep.europa.eu  
Accredited Parliamentary Assistant

to MEP Helmut SCHOLZ  
Committee on International Trade  
Delegation for relations with the United States  
Delegation for relations with the People's Republic of China

## Gedenken an Rosa Luxemburg

**Am 15.01.2019 jährte er sich zum 100. Mal – der Mord an Rosa Luxemburg. Doch wer war diese Frau. Das Bild der Rosa Luxemburg versucht der Historiker Ernst Piper in seiner jetzt vorgelegten Biografie nachzuzeichnen.**

Ernst Piper stellt die Frage auf, wie oft man einen Menschen um sein Leben bringen kann. Und beantwortet sie gleich selbst. Als Josef Stalin 1931 Rosa Luxemburg wegen ihres Konzepts der „permanenten Revolution“ als Feindin des einzig wahren, des sowjetischen Kommunismus bezeichnet hat. Damit hat er sie „zum zweiten Mal ermordet“. Und Piper meint das wörtlich. Es geht ihm nicht darum, ob sie den Großen Terror in der Sowjetunion überlebt hätte, nein Piper bezieht sich damit auf den Ausspruch Stalins. Und er beschreibt ausführlich, dass Sprache töten kann. Zum Beispiel, als die im November 1918 von Ebert geführte Regierung nach dem Januar-Aufstand 1919 beschloss, gegen die vermeintlichen Rädelsführer mit Waffengewalt vorzugehen. Der Militärbeauftragte Gustav Noske sagte: „Einer muss der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht!“

Der Spartakusbund dachte in Wahrheit niemals an einen Putsch. Rosa Luxemburg lehnte ihn sogar ab, denn sie meinte, eine Revolution kann man nicht machen, sie passiert einfach. Trotzdem waren wenig später in Berlin rote Plakate aufgehängt, auf denen zu lesen stand: „Arbeiter, Bürger! Das Vaterland ist dem Untergang nahe. Es wird nicht von außen bedroht, sondern von innen. Von der Spartakusgruppe. Schlagt ihre Führer tot!“ Luxemburg und Liebknecht, die die Anführer der aus der SPD ausgeschlossenen „Spartakusgruppe“ und Gründer der KPD waren, fielen Soldaten der Berliner Garde-Kavallerie-Division zum Opfer.

Rosa Luxemburg war 47 Jahre als sie ermordet wurde. Sie war Tochter eines jüdischen Holzhändlers

und wuchs in Polen auf. Als sie ein kleines Mädchen war, fesselte sie ein Hüftleiden ein Jahr lang ans Bett. In dieser Zeit las und schrieb sie viel. Und bereits mit 13 war ihr klar geworden, wogegen sie fortan schreiben wolle: gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Bereits auf dem Gymnasium schloss sie sich einer marxistischen Untergrundorganisation an. Was im vom zaristischen Russland kontrollierten Polen nicht einfach war. Sie machte mit 17 das Abitur als Klassenbeste und floh anschließend vor der russischen Geheimpolizei nach Zürich, wo sie studierte. Ihre Dissertation schrieb sie über die industrielle Entwicklung Polens. Grundsätzlich nicht problematisch, doch Luxemburg eine glühende Marxistin und ihr Doktorvater Julius Wolf ein erklärter Gegner des Marxismus. Nichtsdestotrotz hat Wolf lobende Worte für die Arbeit übrig. „Der Arbeit ist nachzuräumen volle Beherrschung des Gegenstandes, große Sorgfalt, großer Scharfsinn.“ Sie „legt Zeugnis ab ebenso von theoretischer Begabung wie von praktischem Blick.“ Die Verfasserin wäre zwar Sozialistin, meint Wolf, und stehe zur sogenannten materialistischen Geschichtsauffassung, aber das tue der Tüchtigkeit ihrer Leistung keinen Abbruch und gehe über die Anforderung an eine Dissertation weit hinaus.

Tatsächlich hat Luxemburg eine schier unüberschaubare Menge an Büchern, Aufsätzen, Zeitungsartikeln und Briefen verfasst. Piper hat in seiner Biografie nicht nur viele zitiert, er erläutert sie auch und ordnet sie in ihren jeweiligen Kontext ein. Mit seiner Biografie verfolgt Piper, wie sich Luxemburgs politische Einstellung bereits in der polnischen Untergrundorganisa-

tion bildete und sich von da an stetig weiterentwickelte.

Luxemburg glühte für ihre Ziele, die sie gut durchzusetzen wusste: mit Demonstrationen, Steuerweigerungen und Streiks. Gerade ihre Überzeugung von spontanen Massenstreiks als wirksames politisches Instrument brachte ihr bei ihren Genossen und die um ihre Kontrolle bangenden Gewerkschaftler heftige Kritik ein. Sie glaubte an das Proletariat als Subjekt der Geschichte und war davon überzeugt, dass es als internationale Interessengemeinschaft agieren muss. Sie kämpfte gegen jede Art von Nationalismus und dabei war es ihr egal, ob der als Tarnung unternehmerischer Interessen auftrat oder in Form unzufriedener Zeitgenossen, die die wahren Ursachen ihrer Unzufriedenheit nicht enttarnen konnten.

Pipers Biografie Rosa Luxemburgs ist zum Teil auch ein Stück Geschichte der SPD. In seinem Werk betrachtet er durch das Leben der Rosa Luxemburg hindurch, weshalb die SPD heute nicht mehr als volksnahe Partei gilt und warum sie stetig um ihre Quoten kämpfen muss.

Ernst Piper: Rosa Luxemburg – Ein Leben  
Karl Blessing Verlag  
832 Seiten  
ISBN-10: 3896675400  
ISBN-13: 978-3896675408  
32,00 Euro

Daniela Müller  
Redaktion Saalekreis



**Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat  
Februar Geburtstag haben.**



## **Alternativer Neujahrsempfang der LINKEN in Merseburg**

Auch in diesem Jahr waren Mitglieder des Kreisverbandes Saalekreis am 29. Januar bei kalten Temperaturen vor dem Jobcenter in Merseburg präsent. Die langjährige Tradition zum Jahresauftakt nutzten zahlreiche Bürger\*innen, um mit uns ins Gespräch zu kommen, uns ihre Sorgen und Nöte anzuvertrauen und auch um Unterstützung für ihre Anliegen zu bitten. Es ging um Rente, Arbeit, Mietkosten. Aber auch die Leitung des Hauses stand zum Meinungsaustausch bereit und erläuterte, welche Maßnahmen und Programme derzeit für Langzeitarbeitslose im Saalekreis angeboten werden und wie erfolgreich deren Umsetzung ist. Auch wenn wir als DIE LINKE die fast unüberschaubare Fülle an Projekten sowie manch bürokratischen Irrsinn



kritisch betrachten, so sehen wir mit dem kommunalen Eigenbetrieb die richtige Institution für von Langzeit-

arbeitslosigkeit betroffenen Menschen.

Text: K. Eisenreich

### **Linkes Blatt**

#### **Impressum:**

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
DIE LINKE Saalekreis  
Leitergasse 4  
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90  
eMail:  
linkesblatt@dielinke-halle.de  
Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare  
**Spende erbeten**  
Endredaktion dieser Ausgabe:  
07.02.2019  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 07.03.2019

## Neujahrsempfang der LINKEN in der Willi-Sitte-Galerie in Merseburg

Zum politischen Jahresauftakt hatten der Kreisverband Saalekreis und die Stadtratsfraktion Merseburg in die Willi-Sitte-Galerie geladen. Gekommen waren Vertreter\*innen des Landkreises, von Kommunen, Vereinen und Verbänden, um im Jahr der Europa- und Kommunalwahlen zu hören, welche Themen und Ziele wir als Linke uns auf die Fahnen geschrieben haben. Zum Auftakt gab Wulf Gallert, Vizepräsident des Landtages, ein leidenschaftliches Plädoyer für Europa, insbesondere für die soziale Säule Europas, die in der bisherigen EU-Politik nur ein unbedeutendes Nebendasein fristet, die aber für den Zusammenhalt in Europa entscheidend ist. Dies muss der Fokus solidarischer linker Politik sein und er kritisierte auch Tendenzen der nationalen Abschottung innerhalb Europas als Wohlstandschauvinismus.

Der Vorsitzende unserer Landtagsfraktion, Thomas Lippmann, blickte mit seiner Rede auf die Herausforderungen zur Kommunalwahl, die in einem politisch veränderten Rahmen stattfinden werden. Sie werden von allen Wahlkämpfer\*innen viel abverlangen. Die Landtagsabgeordnete Kerstin Eisenreich schlug den Bogen im 100. Jahr des Frauenwahlrechts zu den Frauen in Politik und Gesellschaft, zu rückwärts gewandten Rollenbildern, die sich in den gesellschaftlichen Verhältnissen wieder stärker manifestieren. Sie rief dazu auf, Frauen zu ermuntern, kommunale Mandate anzustreben, forderte aber, dass dazu auch die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt zu gewährleisten seien. Auch auf die Jugend und deren Mitbestimmung an demokratischen Prozessen ging sie in ihrer Rede ein und zeigte am Beispiel der aktuellen Klimabewegung „Fridays for Future“, dass Jugendliche komplexe Probleme sehr wohl wahrnehmen und einordnen. Sie haben es verdient, mehr Verantwortung zu erhalten.

Für die musikalische Umrahmung sorgte die Blues-Band „Akkitation“. In den anschließenden Gesprächen wurden viele Themen vertieft, Gedanken und Meinungen ausgetauscht. Ein herzliches Dankeschön gilt der Willi-Sitte-Galerie und allen Helfer\*innen, die für diesen gelungenen Abend sorgten.

Text: Kerstin Eisenreich



Der Vizepräsident des Landtages Wulf Gallert, die Landtagsabgeordnete Kerstin Eisenreich und der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag Thomas Lippmann (v.l.n.r.)



Die Band AKKITATION mit Blues-Rhythmen  
Fotos: S.Eisenreich

**Das Wahlbüro DIE LINKE.Halle hat seine Arbeit bereits im vorigen Jahr aufgenommen.**

**Im Moment sind im Wahlbüro 11 Genossinnen und Genossen aktiv. Zu erreichen ist das Wahlbüro per E-Mail:**

**wahlbuero@dielinke-halle.de**

## Alternativer Neujahrsempfang am Wochenmarkt

Der Alternative Neujahrsempfang am Wochenmarkt in Halle-Neustadt hat eine gute Tradition. Der Ort unweit des Jobcenters ist uns wichtig. Dort sind wir direkt bei den Arbeitssuchenden, Ausgeschlossenen, Chancenlosen, Bedürftigen und Unterprivilegierten. Eine großartige Festveranstaltung mit denen, die sich zum Establishment rechnen, liegt uns fern. Wir, DIE LINKE, standen und stehen auch weiterhin für soziale Gerechtigkeit und wollen mit denen ins Gespräch kommen, die von sozialen Härten geplagt sind. Außerdem wollen wir mit dieser Aktion am Jahresanfang unberechtigte Vorwürfe entkräften, wie: DIE LINKE trete kaum an die Öffentlichkeit oder sie komme in den Medien nicht vor. Auf diese bewährte Art und Weise schaffen wir uns selbst Öffentlichkeit und Popularisierung. Der sonnig milde Wintertag am 4. Februar war wie geschaffen zum Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern und zur Beantwortung vieler Fragen.

Hajo



**Unsere Sammlung zur Gesamtmittgliedermitgliederversammlung am 02. Februar 2019 erbrachte 165,00 Euro für die Unterhangschilder der Bürgerstiftung im Rahmen des Projektes „Bildung im Vorrübergehen“. Vielen herzlichen Dank allen Spenderinnen und Spendern.**

## Heißer Jahresauftakt gegen soziale Kälte



Alternativer Neujahrsempfang der Partei DIE LINKE in Querfurt am 13.01.2019

Schon zum zweiten Mal lud DIE LINKE in Querfurt/Weida-Land zum politischen Jahresauftakt unter freiem Himmel.

Bei selbst gekochten Klößen, Gulasch und Rotkohl war Zeit für Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern und Mitgliedern aus Querfurt und Umgebung zu vielfältigen Themen.

Das Interesse richtete sich dabei auf die bevorstehenden Europa- und Kommunalwahlen. Und klar ist: Wir kämpfen für ein solidarisches und friedliches Miteinander, für mehr Gerechtigkeit.

Ein großes Dankeschön an die Mitglieder des Ortsverbandes, an unsere Bundestagsabgeordnete Birke Bull-Bischoff und die Landtagsabgeordnete im Saalekreis, Kerstin Eisenreich.

## Gedenken an der Stele vor der Neumarktkirche in Merseburg für von den Nazis ermordete Sinti und Roma

Die Geschichtswerkstatt Merseburg-Saalekreis und der Kreisverband DIE LINKE. Saalekreis luden gemeinsam für den 27. Januar zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus ein. An der Stele für



Foto: S.Eisenreich

die während des Faschismus ermordeten Sinti und Roma wurde in diesem Jahr besonders jener 12 ermordeten Merseburger Sinti und Roma mit Kränzen, Blumen und Kerzen, gedacht, die im Alter zwischen 6 Monaten und 72 Jahren in Auschwitz ermordet wurden. Zahlreiche Einwohner\*innen aus Merseburg und dem Saalekreis, darunter Jugendliche der Geschichtswerkstatt, die Landtagsabgeordnete Ker-

stin Eisenreich, der Oberbürgermeister der Stadt Merseburg, Mitglieder des Stadtrates Merseburg und des Kreistages Saalekreis, wohnten diesem emotionalen Gedenken bei.

Dabei wurden Auszüge aus dem Hörbuch »Ein gutes Leben. Zoni Weisz erzählt seine Biografie« sowie Musik vom Orchester Tata Mirando, mit freundlicher Genehmigung des »Verbrecher Verlag Berlin«, der dieses Hörbuch produziert hat, gespielt. Zoni Weisz verlor während des Holocaust fast seine gesamte Familie. Am 16. Mai 1944 fand in den besetzten Niederlanden ein Großrazia der Nazis statt, in deren Folge die Sinti und Roma im Durchgangslager Westerbork inhaftiert wurden. Dem noch heute offenen Rassismus gegen Sinti und Roma, aber auch andere Minderheiten durch Rechtspopulisten muss durch unsere »offene Gesellschaft« entschieden widersprochen werden. Dies haben die Teilnehmer\*innen deutlich gemacht. In seiner Ansprache hat sich der Kreisvorsitzende der Linken, Alexander Sorge, mit dem Begriff »Fremd« auseinandergesetzt und alle Teilnehmer\*innen zum Nachdenken über »das Fremde« eingeladen.

Ein herzliches Dankeschön geht an die Geschichtswerkstatt Merseburg und den Kreisverband DIE LINKE als Organisatoren sowie die zahlreichen Teilnehmer\*innen am Gedenken.

Text: Kerstin Eisenreich

---

## In Berlin und (H)alle dabei – Kreatives Halle

Es gibt in Halle einen Ort, an dem Kunst und Wissenschaft zusammentreffen – der Uni-Campus in der Innenstadt. Zentraler Punkt ist das Löwengebäude, mit der historischen Aula, den alten Hörsälen und Teilen der Uni-Verwaltung. Der Treppenaufgang wird von zwei Löwen gesäumt, von denen es heißt, dass das Sitzen auf ihren Rücken Pech in den Prüfungen bringe.

Ich mache es mir lieber auf einer der Stufen bequem und betrachte in Ruhe die Umgebung. Zu meiner Rechten sehe ich das Melanthonianum. Ein paar Studierende kommen und gehen, wohl auf dem Weg von oder zu einer Vorlesung oder auf eine Stärkung in die Mensa Bourse zur Tulpe. Andere sausen die Trep-

pe des Erfolges hinab in Richtung Innenstadt. Diese Treppe ist eine sehr steile Treppe, die zum Uni-Campus hinaufführt. Auch der Weg zum Erfolg ist ein steiler und besser ist es, ihn hinauf, statt hinabzugehen. Doch wie der Erfolg am Ende der Treppe aussieht, mag jede\*r für sich selbst entscheiden. Gegenüber dem Löwengebäude steht das Juridicum mit eigenem Café und links von mir befinden sich das Robertinum mit seinem archäologischen Museum und das Auditorium Maximum, ein gewaltiger gläserner Neubaukasten. Das Audiomax dient nicht nur der Weitergabe von Wissen, sondern auch als UNIKINO mit abwechslungsreichem Programm. Zwischen dem Audimax und dem Juridicum erhebt sich die Kultur-

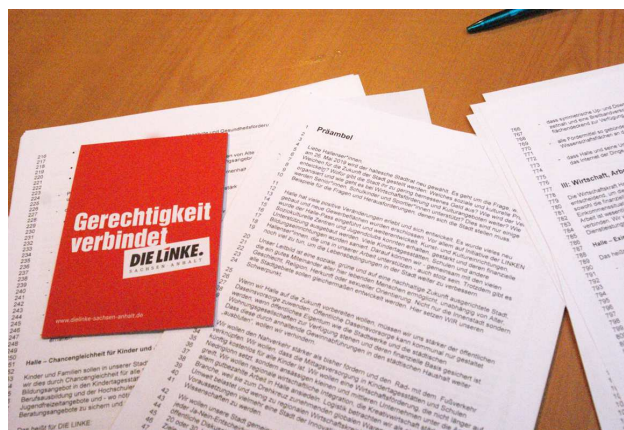
insel, ein ehemaliges Kino, das seit Jahrzehnten das Zentrum des halleschen Schauspiels ist und über verschiedene Bühnen täglich ein großes Publikum unterhält, begeistert und beispielsweise mit dem Puppentheater auch internationale Erfolge feiert. Zu den Bühnen Halles zählt auch die Oper, die sich hinter dem Uni-Campus befindet und auch gemeinsame Produktionen mit der Kulturinsel auf die Beine stellt, wobei dabei ab und an der Uni-Campus als Kulisse und Spielstätte oder für die Feier zum 1. Mai mit einbezogen wird.

Kunst, Kultur und Wissenschaft sind wichtige Säulen für Halle, die wesentlich zum Charakter und Ansehen der Stadt beitragen. Trotzdem mussten sie in der Vergangenheit immer wieder harte Bandagen einstecken; vom Kürzungswahn der Landesregierung bis hin zum Spielverbot während des Hochwassers 2013. Dass noch heute um diese Säulen gekämpft werden muss, sieht man auch im Kommunalwahlprogramm der LINKEN. Halle. Hier gibt es nach wie vor die Forderungen nach dem Erhalt und der auskömmlichen und dauerhaften Finanzierung der fünf Sparten der Theater-, Oper- und Orchester-GmbH (TOOH) sowie der alljährlichen Händelfestspiele. Diese Forderungen gelten auch für andere kulturelle Einrichtungen der Stadt wie dem Bergzoo oder den Museen. Auch die kulturelle Kinder- und Jugendarbeit und die soziokulturellen Zentren der Stadt brauchen entsprechende Ressourcen und Unterstützung, um ihre großartige und wichtige Arbeit effektiv und nachhaltig fortführen zu können. Ganz zu schweigen von der freien Kulturszene, die in Halle stark vertreten ist und jedes Jahr ein vielfältiges Programm auf ihre kleinen und mittelgroßen Bühnen bringt. Sie kämpft auch seit Jahren um ihr Überleben aber auch um Anerkennung seitens der Stadt, um Spielstätten und Probenräume. Das ist nicht gerade rühmlich für eine Stadt, die Kulturhauptstadt werden wollte. Doch um Letzteres zu werden, bedarf es mehr als Versprechungen und eine Gießkanne. Wer wirklich die Kultur der Stadt zu würdigen weiß, der fördert sie aus Überzeugung und nicht allein für einen Titel. Der Titel ist vom Tisch, die Probleme in der Kultur sind es noch lange nicht.

In der Wissenschaft sieht es nicht anders aus. DIE LINKE. Halle möchte auch in der nächsten Legislatur im Stadtrat für eine Verbesserung der Verhältnisse sorgen. Sie will bezahlbaren Wohnraum für Studierende schaffen und das Semesterticket auf das

ganze Bundesland ausweiten. Wissenschaftler\*innen mit Kindern sollen stärker im Alltag unterstützt werden, sei es bei der Wohnungssuche, Kinderbetreuung oder bei der Arbeitsplatzsuche für die\*den Partner\*in. Studentische Initiativen in den Bereichen Kultur, Soziales oder Sport will DIE LINKE. Halle unterstützen und integrative Angebote wie Tandemprogramme für ausländische Studierende schaffen, um so eine Willkommenskultur zu etablieren. Für die Zeit nach der Uni, wenn die ersten Schritte in den Beruf unternommen werden, braucht es Rückhalt. Darum will DIE LINKE. in Halle Existenzgründungen und Unternehmensansiedlungen im wissenschaftlichen Bereich stärken, wobei vor allem das Technologie- und Gründerzentrum und das Multimediazentrum im Fokus stehen soll.

Das sind Punkte, für die ein Stadtrat beziehungsweise eine linke Stadtratsfraktion eintreten kann und wird. Was hier, also auf kommunaler Ebene, nicht umsetzbar ist – nämlich die Stärkung der Lehre, eine ausreichende Grundfinanzierung oder die Schaffung von Dauerstellen für Daueraufgaben – haben sich die Linksfraktion im Deutschen Bundestag und im Landtag von Sachsen-Anhalt auf die Fahnen geschrieben. Das sind die Punkte, die in Berlin und Magdeburg erkämpft werden müssen. Doch zunächst stehen Wahlen in Halle an. Am 26. Mai wird ein neuer Stadtrat gewählt. Wie Links er sein wird, entscheiden die Bürger\*innen. Als kleine Entscheidungshilfe gibt es bald das Kommunalwahlprogramm der LINKEN. in



Halle. Lesen und das Kreuzchen am linken Fleck haben, damit Halle die Treppe des Erfolges nach oben steigen kann. Wer sich über linke Themen im Bundestag informieren möchte, findet diese unter:

<http://www.linksfraktion.de>





Hendrik Lange, MdL, Oberbürgermeisterkandidat



## Impressionen von der Gesamtmitgliederversammlung am 02. Februar 2019 in Halle Neustadt



Marianne Böttcher, Stadtvorsitzende DIE LINKE.

Konzentriert und diszipliniert diskutierten wir am 2. Februar 2019 unseren Entwurf zum Kommunalwahlprogramm. Nach einem Abstimmungsmarathon, durch den Bodo Meerheim souverän führte, hatten wir am Nachmittag ein Kommunalwahlprogramm. Danke an die vielen Genoss\*Innen, die sich so intensiv eingebracht haben.

## Hintergrund zu unserem Motto

#wirsindviele und #unteilbar. Dennoch erleben wir seit Monaten, wie erfolgreich die Neue Rechte beim Agenda-Setting ist und Politik und Medien mit ihren Provokationen vor sich hertreibt. Eine Minderheit von Neurechten dominiert in Deutschland Inhalte und Stil der öffentlichen Meinungsbildung. Wir übersehen dabei häufig, dass die Vertreter der Neuen Rechten sich dauerhaft etablieren: Durch die Wahlerfolge von Parteien wie der AfD sitzen viele von ihnen mittlerweile in den zentralen Schaltstellen unserer Demokratien, beispielsweise in Rundfunkräten, Gewerkschaftsgremien oder Landeszentralen für Politische Bildung. Sie wollen die Pressefreiheit einschränken und den öffentlichen Rundfunk abschaffen. Sie wollen Gleichschaltung und ein Ende der offenen Gesellschaft. Deshalb sind eine kritische Berichterstattung, gut recherchierte Beiträge und eine professionelle Medienarbeit heute wichtiger denn je.

**LiMA**

#LiMA19



5 Tage Weiterbildung & Debatte

9. April bis 13. April 2019 in Berlin

## Post von Lene

Hallo, liebe Linke und andere Nazigeegner, entschuldigt bitte- ich hatte ganz vergessen, euch im Namen der LAL-Koalition ein schönes neues Jahr wünschen. Das hole ich hiermit nach. Nun etwas ganz Tolles: Ich habe zu Weihnachten ein Handy bekommen. Hurra!! In meiner Klasse hatten das schon ziemlich alle. Aber meine Eltern wollten nicht, dass ich mit dem Ding ständig rumdaddele wie manche anderen. Mache ich schon aus Zeitgründen nicht, klar. Aber jetzt kann ich auch fix mal ne Nachricht versenden oder auch mal ein Foto! Die anderen Sachen muss ich erst noch rauskriegen. Bei der Knallerei zu Silvester hatten wir aus Prinzip nicht mitgemacht, weil wir die Umwelt nicht noch mehr versauen wollten. Nun das Neueste, über das ich mich nebst Eltern, Großeltern und LAL total empört habe.

Da hatte doch dieser Poggenburg aus der AfD-Fraktion im Hohen Haus in Magdeburg wieder mal sein Unwesen getrieben. Nun ist er zwar kein Chef mehr, will aber wieder an die Macht, und zwar, indem er andere Nazis in der AfD um sich sammelt.

Deshalb soll er aus der Partei ausgetreten sein und eine neue, die voll nazihaft ist, gegründet haben. Ich wäre von allein nicht draufgekommen, dass seine Sprüche was mit den Nazis aus der Mörderzeit zutun haben. Er schickte folgende Neujahrsbotschaft in die Welt: „Ich wünsche den Mitbürgern unserer Volksgemeinschaft ein gesundes, friedliches und patriotisches 2019.“

Weil meine Eltern und Großeltern das so schlimm fanden, habe ich Erkundungen eingezogen. Und ich kriegte folgendes raus: Die Nazis hatten schon lange, bevor sie an die Macht kamen, ein Programm. In dem war die Rede von einer Volksgemeinschaft, wer dazugehört und wer nicht. Sinngemäß stand da drin, dass zur Volksgemeinschaft nur der gehören könnte, der „deutschen Blutes“ (hä?) ist. Ein Jude hätte kein deutsches Blut, deshalb kann er auch nicht dazugehören. Das nahmen die Nazis also als Begründung dafür, 6 Millionen Juden zu ermorden, auch Anne Frank und ihre Schwester Margot.

Meint der Poggenburg vielleicht wie die alten Nazis,

dass schwarze Menschen kein „deutsches Blut“ hätten? Grässlich! Ich finde, dass der Poggenburg genau in diese Richtung hetzt. Der hat ja schon vor zwei Jahren im Hohen Haus in Magdeburg so ein paar schlimme Sprüche losgelassen.

Ich erinnere mich daran, dass er gesagt hat, das „Linksextremismus“? eine „Wucherung am deutschen Volkskörper“ (hä?) wäre und deshalb bekämpft werden müsste. Dann verlangte er, dass „linksextreme Lumpen“ nicht mehr an einer deutschen Uni studieren dürften, sondern „einer praktischen Arbeit“ zugeführt werden sollten. Ich übersetze das mal so: Linke haben auf Unis nichts zu suchen, auch wenn sie mehr Krips haben als er selbst, sogar das Zeug zu einem Arzt oder so.

Ich bin jetzt mal ein bisschen gemein, aber das hat der nicht anders verdient, finde ich. Meine Großeltern sagten mir aber auch, dass das nicht nur dumm, sondern auch gefährlich wäre, weil auf ähnliche Sprüche in der Nazizeit unheimlich viele Menschen reingefallen wären. So etwa: Ich bin zwar arm, aber immer noch mehr wert als ein Jude oder Pole oder Russe. Der Poggenburg hatte ja auch Menschen mit Urgroßeltern aus der Türkei als Kameltreiber und Kümmeltürken beschimpft, die gefälligst dahin gehen sollen, wo ihre Vorfahren hergekommen sind. Wie kann man nur solchen Leuten nachlaufen? Das kapiere ich einfach nicht. Ach, beinahe hätte ich noch was vergessen: Opa hat mir erzählt, dass der Poggenburg neuerdings bei seinen Auftritten eine blaue Papierkornblume am Anzug trägt. Als ich da etwas verblüfft guckte, sagte er mir, dass die blaue Kornblume seit 1933 Erkennungszeichen für die Nazis in Österreich war. Das müsste man mal in der Zeitung aufschreiben, finde ich. Und wir Linken und andere Linksdenkenden müssen jetzt noch mehr zusammenhalten als je zuvor.

Findet ihr nicht auch?

Tschüss

Eure Lene



## Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt lädt ein

**27.02.2019, Mittwoch, 14:30 Uhr, Lesung, Halle**

Die Jägers. Eine Familie im deutschen Faschismus.  
mit Dr. Ingrid Stockmann und Margit Schiwarth-Lochau sowie Gisela Döring (VVN/BdA). Musikalische Begleitung von Anke Voigt (Geige). **Linker Laden LiLa Leitergasse 4, 06108 Halle (Saale)**

gemeinsame Veranstaltung der RLS Sachsen-Anhalt mit der VVN-BdA Sachsen-Anhalt  
Die Lesung widmet sich der Familie Elly und Otto Jäger. Die Schreibenden sind die 1. bis 4. Generation. Wir erinnern dabei an die beiden antifaschistischen Widerstandskämpfer Elly und Otto.

**08.03. - 10.03.2019, Freitag bis Sonntag, Merseburg**

14. Merseburger DEFA-Filmtage „Buch trifft Leinwand“

Zur Eröffnung wird der aus dem Jahr 2018 stammende Film „Transit“ nach dem Roman von Anna Seghers gezeigt. Diese besondere Literaturverfilmung hat einen sehr aktuellen Bezug und der Regisseur hat die Stadt Marseille nicht in das Jahr 1940 versetzt.

Programm siehe unter [www.filmtage-merseburg.de](http://www.filmtage-merseburg.de)

**11.03.2019, Montag, 14:30 Uhr, Vortrag und Diskussion, Halle**

Frauen im Bild der Mythen und der unterschiedlichen Religionen. Rollenvorstellungen zwischen den Geschlechtern.

mit Werner Schultz

**im Bürgerhaus „alternativE“, Gustav-Bachmann-Straße 30, 06130 Halle**

Kooperationsveranstaltung mit Dornrosa e. V. und dem Humanistischen Regionalverband Halle-Saalekreis

Der 8. März steht für den internationalen Kampf der Frauen gegen Unterdrückung und 2019 bringt den 100. Jahrestag der Ausübung des Wahlrechtes durch Frauen. Mit einem Vortrag wollen wir die noch weiter

zurückliegenden Aspekte der Auseinandersetzung um Rollenvorstellungen thematisieren.

Das Frauenbild wurde durch die Geschichte hindurch insbesondere auch von Mythen und Religionen transportiert. Zum einen wurden Gründe für die Vorherrschaft des Mannes konstruiert zum anderen wurden aber auch Erinnerungen an andere Rollenvorstellungen zwischen den Geschlechtern festgehalten. Insbesondere die Kunst der Renaissance thematisierte die unterdrückte Weiblichkeit. In dem Vortrag soll an Hand von Bildern diese Geschichte vorgestellt werden. Gerade die Künstler wurden zu Bundesgenossen der Aufklärung.

**27.03.2019, Mittwoch, 14:30 Uhr, Vortrag und Diskussion, Halle**

Die bioethische Diskussion um Organspende in Deutschland. Mit Vorstellung eines entsprechenden Buches des Literaturnobelpreisträgers Kazuo Ishiguro mit Dr. habil. Viola Schubert-Lehnhardt

**Linker Laden LiLa Leitergasse 4, 06108 Halle (Saale)**

Der britisch-japanische Schriftsteller erhielt zur Überraschung vieler 2017 den Nobelpreis für Literatur. Er war zwar schon mehrfach auf der Liste, doch nicht 2017. Ausgezeichnet wurde er für seine „Romane von starker emotionaler Kraft“, die die Romankunst des 19. Jahrhunderts überzeugend mit der literarischen Moderne des 20. Jh. verbinden würden.

Für die Lesung ausgewählt wird sein Buch „Alles, was wir geben mussten“ – zu einem der derzeit in Deutschland heiß diskutierten bioethischen Themen – Organspende.

In dem Buch beschreibt er die verstörende Vision einer Gesellschaft, in der Menschen ausschließlich zum Zwecke der Organspende gezeugt und erzogen werden. Er wirft damit Fragen auf wie:

Was muss der einzelne bereit sein, der Gesellschaft zu geben?

Welche Werte gelten im Zeitalter der Gentechnologie?

**08.04.2019, Montag, 18:00 Uhr, Vortrag und Diskussion, Halle**

Europa am Limit - Grenzen verlaufen nicht nur zwischen Staaten

mit Andrea Komlosy (Wien)

**Universität, Universitätsplatz, 06108 Halle**

Grenzen sind in aller Munde. Sollen sie offen sein, damit Kapital, Waren und Menschen frei zirkulieren können? Oder bieten Migrationsregime, Kapital-

verkehrskontrollen und Handelsprotektionismus die Möglichkeit, den Ungleichheiten, die aus Freihandel und Arbeitskräfteverschiebungen erwachsen, gegenzusteuern? Die Fronten sind verhärtet, die Kontroverse wirkt als Spaltkeil, der alte weltanschauliche Lager durcheinanderwirbelt. Die sozialen und wirtschaftlichen Grenzen, die uns alle betreffen, geraten durch die Konzentration auf die staatlichen bzw. suprastaatlichen Grenzen allerdings aus dem Blick.

---

## **Aktuelles aus dem Begegnungs- und Beratungs-Zentrum „lebensart“ e.V.**

Liebe Freund\*innen, sehr geehrte Menschen, wir waren im Januar bereits wieder voll am Wirken. Die ersten Fachberatungen und Veranstaltungen an Schulen sind 2019 gelaufen, Fachinformationen wurden aktualisiert, die Gruppen treffen sich mit guter Resonanz und die Bewerbungsgespräche für die Stadt-Koordinierungsstelle sind abgeschlossen. Dank der Stadtwerke-Spende können zudem u.a. bequeme und flexible Sitzgarnituren für die Begegnungsstätte angeschafft werden.

Beste Grüße vom Vorstand und Team des BBZ „lebensart“ e.V.

### **Landeskoordinator Sachsen-Anhalt Süd für LSBTI-Belange mit vollem Programm**

Nachdem im Dezember 2018 die Landeskoordinierungsstelle durch Ants Kiel (Dipl.-Päd.) besetzt wurde, läuft die Arbeit dank langjähriger Vorarbeiten bereits auf Hochtouren. Bei einem Gespräch im Januar mit der Leitstelle für Frauen- und Gleichstellungspolitik beim Ministerium für Justiz und Gleichstellung Sachsen-Anhalt wurden die Schwerpunkte (Bildungsarbeit, Vernetzung, Fachinformationen, Fachberatung, Öffentlichkeitsarbeit, Fachveranstaltungen) und Vorhaben besprochen und können nun der Öffentlichkeit vorgestellt werden:

### **Spende für BBZ „lebensart“ e.V. von den Stadtwerken Halle**

Die Mitarbeitenden der Stadtwerke bewiesen in der

Vorweihnachtszeit im Rahmen einer betrieblichen Weihnachtsfeier ein großes Herz und sammelten Spendengelder für das Begegnungs- und Beratungs-Zentrum „lebensart“ e.V. Am 24. Januar 2019 überreichte Matthias Lux, Vorsitzender Geschäftsführer der Stadtwerke Halle GmbH, dem Verein die Spende seiner Mitarbeiter\*innen in Höhe von 930,60 Euro. „Wir sind sehr überrascht und freuen uns sehr über die Spende der Stadtwerke-Mitarbeiter“, sagt Günter Heine, stellvertretender Vorstandsvorsitzender. „Die Spende werden wir zum weiteren Ausbau der Begegnungsstätte und der Bibliothek verwenden sowie zur Anschaffung von stabilen und qualitativ hochwertigen Zelten für Veranstaltungen.“ Günter Heine bedankt sich herzlich bei den Stadtwerke-Mitarbeiter\*innen, die es möglich gemacht und das BBZ „lebensart“ unterstützt haben.

### **Neues Personenstandsrecht nutzt auch trans\* Menschen!? - Ratgeber für inter- und transgeschlechtliche Menschen des LSVD veröffentlicht**

„Entgegen den Intentionen des Gesetzgebers kann das ‘Gesetz zur Änderung der in das Geburtenregister einzutragenden Angaben’ auch transgeschlechtlichen Menschen zu Gute kommen.“ betont der LSVD-Bundesverband bei der Vorstellung seines Ratgebers. Das Gesetz ermöglicht es „Personen mit Varianten der Geschlechtsentwicklung“, ihren Geschlechtseintrag und auch ihren Vornamen zu ändern. Nach

Auffassung des LSVD kann es aber einen Weg geben, dass auch transgeschlechtliche Menschen dieses neue Gesetz nutzen und die vom Transsexuellengesetz geforderten aufwändigen Gutachten vermeiden:

„Dafür benötigen sie eine ärztliche Bescheinigung über das Vorliegen einer ‘Variante der Geschlechtsentwicklung’. Die Ärzt\*innen brauchen diese Diagnose für das Verfahren nicht zu begründen. Demgemäß darf auch der Standesbeamte keine Erläuterung der Diagnose anfordern. Ihm kommt insoweit keine Kontrollfunktion zu. Die Verantwortung dafür, dass die Diagnose ‘Variante der Geschlechtsentwicklung’ zutrifft, tragen allein die Ärzt\*innen. Transgeschlechtliche Menschen können mit dieser Bescheinigung beim zuständigen Standesamt beantragen, dass ihre Vornamen und ihr Geschlecht im Geburtenregister so geändert werden, wie sie das wünschen.“ schreibt der LSVD und erklärt weiterhin:

„Der Begriff ‘Variante der Geschlechtsentwicklung’ wird im Gesetz selbst nicht erläutert, sondern nur in der Gesetzesbegründung. Dort wird der Begriff auf Menschen mit inkongruenten Geschlechtschromosomen, Genitalen und Gonaden beschränkt. Das widerspricht der Definition des Bundesverfassungsgerichts in seiner Entscheidung vom 10.10.2017 zur Eintragung intergeschlechtlicher Menschen in das Geburtenregister und in seinen mehrfachen Entscheidungen zum Transsexuellengesetz. Danach wird die Zugehörigkeit eines Menschen zu einem Geschlecht nicht allein von seinen körperlichen Geschlechtsmerkmalen bestimmt, sondern wesentlich auch von seiner selbstempfundenen Geschlechtlichkeit. Typisch dafür sind transgeschlechtliche Menschen. Bei ihnen weicht nur ihr Geschlechtsempfinden von ihrer biologischen Konstitution ab, sie weisen aber keine körperlichen Varianten auf. Die enge Definition in der Gesetzesbegründung würde transgeschlechtliche Menschen ausschließen; das ist verfassungswidrig.

Ärzt\*innen können den Begriff ‘Variante der Geschlechtsentwicklung’ so ausgelegen, wie es das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung getan hat, weil der Gesetzgeber:

- weder im Gesetz noch in der Begründung klargestellt hat, dass das Gesetz keine Anwendung auf transgeschlechtliche Menschen finden soll, und

- er den Begriff ‘Varianten der Geschlechtsentwicklung’ nicht im Gesetz selbst erläutert hat, sondern nur in der Gesetzesbegründung. Diese ist zwar für die Auslegung wichtig, aber sie ist rechtlich nicht bindend. Und die Definition des Begriffs der ‘Varianten der Geschlechtsentwicklung! ist dort verfassungswidrig zu eng gefasst.

Deshalb kommt das Gesetz bei verfassungskonformer Auslegung auch transgeschlechtlichen Menschen zugute. Das veranlasst das Bundesinnenministerium hoffentlich, die seit vielen Jahren verschleppte Reform des Transsexuellengesetzes endlich in Angriff zu nehmen.“ schreibt der LSVD.

### **Schutz von LSBTQ im Internet - Leitfaden von vpnMentor veröffentlicht**

Die Internetplattform „vpnMentor“ hat 2018 eine Umfrage durchgeführt und dabei 695 LSBTQ Leute auf der ganzen Welt über ihre Online-Erfahrungen befragt. Es gibt größere Herausforderungen, mit denen sich LSBTQ beschäftigen (müssen):

- 73 Prozent aller Befragten in allen Kategorien von geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung wurden schon online angefeindet oder schikaniert,

- 50 Prozent aller Befragten in allen Kategorien von geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung wurden online schon sexuell belästigt,

- im Bereich geschlechtliche Identität fühlen sich Trans\*-Frauen am wenigsten sicher und Cis-Männer am sichersten,

- Trans\*-Frauen werden am wahrscheinlichsten gegen ihren Willen online geoutet und Cis-Männer am wenigsten wahrscheinlich.

Der Leitfaden soll Betroffenen dabei helfen, sich gegen diese Anfeindungen zu wehren und vor diesen zu schützen. Es werden konkrete Tipps und praktische Anweisungen für viele erdenkliche Situationen gegeben.

**Weitergehende Informationen unter:**

<http://www.bbz-lebensart.de/CMS/>

# + + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom  
31.01./01.02.2019

## #Barrierefreiheit

### Landesfachstelle für Barrierefreiheit endlich einrichten

Mit ihrem Antrag fordert die Fraktion DIE LINKE die Landesregierung auf, einen bereits gefassten Beschluss des Landtages unverzüglich umzusetzen, d.h. innerhalb der nächsten 3 Monate ein Konzept nebst Aufgabenkatalog zur Überleitung des ehemaligen Landeskompetenzzentrums für Barrierefreiheit (LaKoB) in eine Landesfachstelle vorzulegen. Seit besagtem Beschluss ist mehr als ein halbes Jahr vergangen, ohne dass wesentliche Schritte diesbezüglich unternommen wurden. Im Dezember 2018 hat das Landeskompetenzzentrum für Barrierefreiheit (LaKoB) endgültig seine Tätigkeit eingestellt. Derzeit gibt es also keine Anlaufstelle für komplexe Fragen zum Thema Barrierefreiheit in Sachsen-Anhalt. Dies muss sich dringend ändern, damit Inklusion auch weiterhin aktiv vorangebracht werden kann.

## #Bürgerentlastung

### Straßenausbaubeiträge: Beitragsmoratorium vorlegen

Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen sei in den vergangenen Jahren auf stetig wachsende Kritik gestoßen, so die Fraktion DIE LINKE. Ziel ihres Antrags ist daher, dass sich der Landtag zu dem Ziel bekennt, bis zum Ende des laufenden Jahres die Rechtsgrundlage zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen rückwirkend zum 1. Januar 2019 abzuschaffen und daraus entstehende Einnahmeausfälle der Gemeinden zu kompensieren. Die Landesregierung wird zudem aufgefordert, dem Landtag einen Gesetzentwurf für ein Moratorium zur Erhebung von

Straßenausbaubeiträgen vorzulegen, das bis zur endgültigen Verabschiedung der Änderung des Kommunalabgabengesetzes in den Kommunen für rechtliche Sicherheit für eine Aussetzung von Beitragserhebungen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten sorgen soll.

## #Arbeit und Weiterbildung

### Freistellung von der Arbeit für Maßnahmen der Weiterbildung

Sachsen-Anhalt hat im Vergleich zu anderen Bundesländern aufgrund der Einschränkung auf berufsbezogene Weiterbildung eine relativ geringe Bildungsfreistellungsquote. Um dies zu verändern, beschreibt der vorliegende Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE eine erweiterte Themensetzung für den Rechtsanspruch eines/r Beschäftigten gegenüber der Arbeitgeberin oder dem Arbeitgeber, während der Arbeitszeit an anerkannten Weiterbildungsveranstaltungen teilzunehmen. Nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE sollte die gesetzlich geregelte Bildungsfreistellung um die Themenfelder politische Bildung, ehrenamtsbezogene Bildung sowie kulturelle Bildung ergänzt werden.

## #Kinder und Jugendliche

### Das „Gute-Kita-Gesetz“ – Qualität weiterentwickeln und Teilhabe sichern

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp7/drs/d3273dan.pdf>

Am 1. Januar 2019 ist das Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und Teilhabe in der Kindertagesbetreuung – auch Gute-Kita-Gesetz genannt – in Kraft getreten. Sachsen-Anhalt erhält bis 2022 ca.

147 Mio. Euro Bundesmittel. Die Fraktion DIE LINKE fordert daher die Landesregierung auf, mit dem Bund zu vereinbaren, dass mit diesem Geld Familien, deren Einkommen bis zu 10 Prozent über der Grundversicherung nach SGB II liegt und die weder Wohngeld, noch Kinderzuschlag beziehen, von den Elternbeiträgen befreit werden. Zudem soll jede pädagogische Fachkraft eine Stunde Vor- und Nachbereitungszeit pro Woche erhalten. Darüber hinaus sollen zur Umsetzung des Bildungsprogramms Kindertageseinrichtungen auf Antrag bis zu 50.000 Euro Investitionskostenzuschuss erhalten können.

Die Fraktion DIE LINKE sieht hierin wichtige Schritte hin zu einem Ausbau der Qualität der Kinderbetreuung und zu einer Entlastung einkommensschwacher Familien.

## #aktuell debattiert

### Deutsche Bahn & Co. – Irrweg der Privatisierung

Seit der Übernahme des Dieselnetzes in Sachsen-Anhalt durch das niederländische Staatsunternehmen Abellio zum Ende des vergangenen Jahres gab es von Beginn an Probleme aufgrund von Personalmangel, besonders bei den Lokführern. Es werden aus anderen Regionen und Unternehmen Lokführer entliehen, statt Züge fährt im Süden des Landes aktuell nur Schienenersatzverkehr. Die Privatisierungspolitik ist offensichtlich mit ihrer „wettbewerbsfördernden“ Vergabepolitik auch im Bahnbereich gescheitert. Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE das Thema im Rahmen einer aktuellen Debatte im Landtag diskutiert. Denn unserer Meinung nach ist der Öffentliche Nahverkehr eine wichtige Daseinsvorsorge, die von der Landesregierung verantwortungsvoll gewährleistet werden muss. Ohne einen funktionierenden ÖPNV sind die Klimaschutzziele nicht zu erreichen.

## #Links wirkt

### Strukturwandel - Landesverantwortung für Menschen und Umwelt endlich wahrnehmen

Die vergangene Landtagssitzung stand ganz im Zeichen des Berichtes der Kohlekommission. Nachdem die Fraktion DIE LINKE einen Antrag vorgelegt hatte, in dem sie die Landesregierung aufforderte, umgehend eine Stabsstelle einzurichten und dazu eine/n Beauftragte/n für den Strukturwandel in der Braunkohleregion Sachsen-Anhalts zu berufen, wurde auch in einer von der Fraktion Bündnis 90/Grüne angeregten aktuellen Debatte im Landtag zum Thema diskutiert. Die Stabsstelle sei so auszustatten, dass sie für alle mit dem Strukturwandel zusammenhängenden Prozesse, Projekte des Landes Sachsen-Anhalt sowie die Fördermittel zentrale Ansprechpartnerin ist, diese unterstützt und koordiniert und gleichzeitig die Schnittstelle zum Bund und den anderen Bundesländern ist. Auch geht es nicht um blinden Aktionismus sondern eine nachhaltige, soziale und ökologische Entwicklung einer ganzen Region. Am Bericht der Kohlekommission ist reichlich Kritik zu üben, aber immerhin hat der Ministerpräsident in der aktuellen Debatte angekündigt, eine Stabsstelle bei der Staatskanzlei einzurichten.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 5. Februar 2019

**Öffentlich!  
Weil's wichtig  
für alle ist.**

**Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzung im Dezember 2018 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: [www.dielinke-fraktion-lsa.de](http://www.dielinke-fraktion-lsa.de). Auch auf Facebook und Twitter können die Debatten verfolgt werden.**

## Termine Termine Termine

Am **20. Februar 2019, ab 17 Uhr** trifft sich der Gesprächskreis Gesellschaftskonzeptionen (GkGk) **im Linken Laden** zur Diskussion über das Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Kommunalwahl am 26. Mai.

**8. März 2019** – Frauentag; in Halle-Neustadt und Halle werden wir wieder bunte Nelken an Frauen verschenken

**8. März 2019, 16 Uhr Südfriedhof,**  
Zum Frauentag gedenken wir Martha Brautzsch, die am 09. März 1946 ermordet wurde.

**13. März 2019, 10 Uhr, Hafenbahnbrücke;**  
Gedenken an die Ermordung Karl Mesebergs

**13. März 2019, 15 Uhr, Volkspark Burgstraße–  
Ecke Riveufer;** Gedenken an den Blutfreitag 1925, anschließend soll ein Gedankenaustausch bei Kaffee und Kuchen im **Linken Laden, Leitergasse 4,** stattfinden.

**13. März 2019, 18 Uhr, Stadtmuseum,  
Große Märkerstraße 10,**  
„Zeitzeugengespräch“ zu Karl Meseberg

**24. März 2019, 11 Uhr, Friedhof Ammendorf**  
Gedenken an die Märzgefallenen



Die zahlreichen Zugausfälle im ÖPNV durch den Personalmangel bei Abellio sind nicht nur ärgerlich für die betroffenen Fahrgäste, sie offenbaren viel mehr das grundsätzliche Versagen der Privatisierungspolitik im ÖPNV. Unser Verkehrsexperte Guido Henke hat deutliche Worte gefunden:

**"Die Mitarbeiter\*innen und Lokführer\*innen bei Abellio leisten ihr Mögliches. Auf sie zu schimpfen, trifft die Falschen. Damit das Recht auf Mobilität für alle konsequent verwirklicht wird, braucht es eine Reverstaatlichung aller Mobilitätsträger."**